

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Neuer Generalstabschef

Der Oberkommandierende der pakistanischen Streitkräfte, General Jehan-gir Karamat, ist am 7. Oktober völlig unerwartet und nur drei Monate vor Ablauf seiner regulären Amtszeit zurückgetreten. Zwei Tage zuvor hatte der Armeechef im Rahmen einer traditionellen jährlichen Ansprache vor der Führungsakademie der Marine in Lahore vernichtende Kritik an der Politik der Regierung von Nawaz Sharif geübt. Dem Premierminister warf er vor, daß sein Regierungsstil von Rachefeldzügen gegen politische Gegner geprägt sei, die die Existenz des ganzen Landes durch weitere Destabilisierung und Polarisierung aufs Spiel setzten. In ultimativer Form forderte der General den Regierungschef bei dieser Gelegenheit auf, endlich für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung zu sorgen. Außerdem verlangte Karamat von Sharif, daß er sein politisches Mandat zum Aufbau starker staatlicher Institutionen nutze, um den gegenwärtigen Zustand eines permanenten Wahlkampfes zu überwinden. Der daran anknüpfende Vorschlag zur Gründung eines 'Nationalen Sicherheitsrates', dem laut Karamats Vorstellungen neben Präsident, Premier und einigen wichtigen Ministern auch der Generalstabschef sowie die Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe angehören sollten, nährte am nächsten Tag in den Medien wilde Spekulationen über eine bevorstehende Machtübernahme durch die Armee. Daß stattdessen der - zweifellos erzwungene - Rücktritt des Kritikers folgte, kann durchaus als eindrucksvoller Beweis gewertet werden, wie fest Nawaz Sharif trotz einer nicht abreißen Serie kapitaler Fehlentscheidungen mitten in der schwersten Staatskrise seit der Abspaltung Bangladeshs vor mehr 25 Jahren noch im Sattel sitzt. Entsprechend euphorisch fiel der Triumph des Siegers aus: "Sie haben erlebt, wie es denjenigen ergeht, die es wagen, sich unserem Weg mit bösen Absichten in den Weg stellen", rief Sharif bei einer Rede vor der Nationalversammlung in offener Anspielung auf die Entmachtung seines Armeechefs den Abgeordneten zu.

Zum Nachfolger wurde inzwischen General Pervaiz Musharraf berufen, der schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit seinem Ruf als entscheidungs-

freudiger Charakter gerecht wurde: Innerhalb weniger Tage reorganisierte er mit zahlreichen personellen Umbesetzungen die gesamte Armeeführung nach seinen Vorstellungen. Die Zivilregierung nahm auf das Personalkarussell nach Einschätzung pakistanischer Militärexperten keinerlei Einfluß. Einzige Ausnahme: Der neue Chef des militärischen Geheimdienstes 'Inter-Services Intelligence' (ISI), Generalleutnant Ziauddin, gilt als Wunschkandidat von Premier Nawaz Sharif. Beachtung fand, daß Musharraf mit der Berufung relativ junger Offiziere in einige der zu vergebenen Spitzenfunktionen demonstrativ mit dem in der pakistanischen Armee tief verwurzelten Senioritätsprinzip brach.

Ob der neue Generalstabschef gegenüber der Regierung gefügiger sein wird als sein Amtsvorgänger, wird von pakistanischen Kommentatoren bezweifelt. Sollte mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche und innenpolitische Krise auch weiterhin kein Hoffnungsschimmer in Sicht sein, wird auch Musharraf zuge-
traut, daß er schon bald die Sharif-Regierung aufs Neue mit dem Wunsch der Armee nach einer institutionalisierten Rolle im politischen System des Landes - beispielsweise in Form eines 'Nationalen Sicherheitsrates' - konfrontiert.

Nationalversammlung verabschiedet 'Shariah'-Gesetz

Die umstrittene '15th Constitutional Amendment Bill' (vgl. 'Südasiens' 5/98), die in der pakistanischen Verfassung Koran und Sunnah als oberste Rechtsquellen verankern soll, hat die erste parlamentarische Hürde in einer im Vergleich zu der ursprünglichen Fassung leicht entschärften Version passiert. Am 9. Oktober votierten bei einer entsprechenden Abstimmung in der Nationalversammlung von den insgesamt 217 Abgeordneten 151 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für das von der Regierung initiierte Islamisierungspaket. Bei 40 Enthaltungen gab es lediglich 16 Gegenstimmen. Die zehn im Parlament vertretenen Repräsentanten der religiösen Minderheiten blieben der Parlamentssitzung in demonstrativem Protest fern.

Damit die Verfassungsänderung gültig wird, muß allerdings noch die zweite Parlamentskammer, der Senat, zustimmen. Da jedoch die regierende 'Pakistan Muslim League' (PML) in diesem Gremium nicht über eine ähnlich komfortable Mehrheit wie in der Nationalversammlung verfügt, ist damit zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum zu rechnen. Denn mittlerweile haben alle ande-



Premier Sharif bei der Amtseinführung des neuen Oberkommandierenden der pakistanischen Streitkräfte, General Pervaiz Musharraf (Photo: 'Outlook')

ren im Senat vertretenen Parteien bei der anstehenden Abstimmung ihren Widerstand angekündigt. Selbst aus dem Umfeld der religiösen Parteien sind mittlerweile kritische Stimmen zu hören. So brandmarkte die von der erzkonservativen 'Jamaat-e Islami' finanzierte politische Monatszeitschrift 'Pakistan Political Perspective' als durchsichtigen Versuch der Regierung, unter Instrumentalisierung des Islams von den eigenen wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen und Fehlern ablenken zu wollen.

Der Regierung selbst bleibt jetzt noch eine Gnadenfrist von insgesamt 90 Tagen, um das 'Shariah'-Gesetz doch noch auch über die zweite parlamentarische Hürde zu bringen. Kommt es also nicht bis spätestens zum 6. Januar 1999 im Senat zu einer Abstimmung, würde sich zumindest eines der innenpolitischen Probleme im sprichwörtlichen Sinne selbst auflösen.

Gouverneursrecht in Sindh verhängt

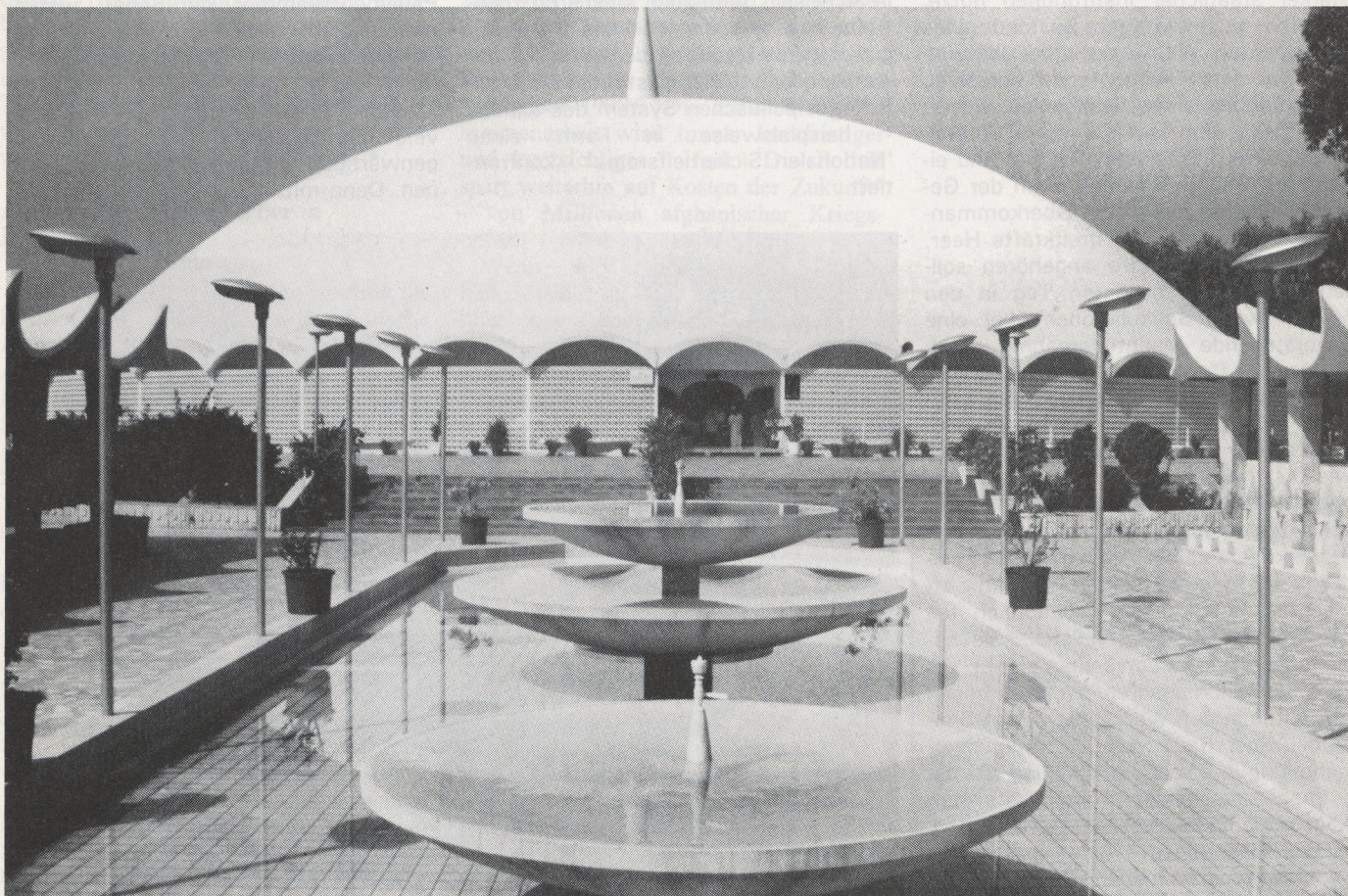
In Reaktion auf die sich weiter zuspitzende Lage in Karachi hat die Bundesregierung in Islamabad am 30. Oktober über die Südprowinz Sindh das Gouverneursrecht verhängt. Unter Berufung auf

Artikel 234 der pakistanischen Verfassung wurde mit diesem Schritt der seit dem Platzen seiner Koalitionsregierung Ende August (vgl. 'Südasiens' 5/98) stark geschwächte sindhische Ministerpräsident Liaquat Jatoi endgültig entmachtet, der Landtag suspendiert und auf unbestimmte Zeit sämtliche Regierungsgeschäfte dem derzeit amtierenden Provinzgouverneur Moinuddin Haider übertragen. Dem in Regierungsgeschäften wenig erfahrenen Ex-General wurde mit Ghous Ali Shah ein mit allen Wassern gewaschener Karachi-Veteran als 'Chefberater' zur Seite gestellt. Shah, in den achtziger Jahren selbst einmal sindhischer Ministerpräsident, soll offenbar vor Ort dafür sorgen, daß die Vorgaben aus der Hauptstadt auch umgesetzt werden. Innerhalb der Bundesregierung übernahm der einflußreiche Erdölminister Chaudhry Nisar Ali Khan die Aufgaben eines Koordinators in Sachen Karachipolitik. Der vielleicht talentierteste Spitzenpolitiker der 'Pakistan Muslim League' (PML), dem große Ambitionen auf höhere Weihen nachgesagt werden, rückt damit erstmals in eine Schlüsselposition der pakistanischen Innenpolitik auf.

Premierminister Nawaz Sharif kündigte unterdessen für den Krisenherd Karachi eine neue, großangelegte Offen-

sive der Sicherheitskräfte gegen den Terrorismus in der 12-Millionen-Metropole an, die nach Einschätzung von Beobachtern insbesondere seinen bisherigen Koalitionspartner 'Muttahida Qaumi Movement' (MQM) treffen dürfte. Darauf deuten zumindest die schweren Vorwürfe hin, die der Regierungschef kürzlich im Rahmen einer vielbeachteten Pressekonferenz gegen die MQM erhob. Denn nach den Worten von Nawaz Sharif liegen seiner Regierung mittlerweile eindeutige Beweise vor, daß ein am 17. Oktober verübtes spektakuläres Mordattentat gegen den früheren sindhischen Gouverneur und Vorsitzenden der wohltätigen 'Hamdard-Stiftung', Hakim Said, von führenden MQM-Politikern angeordnet worden sei. Namentlich nannte er den Landtagsabgeordneten Zulfiqar Haider, nach dem derzeit fieberhaft gefahndet wird. Der Premierminister berief sich bei seinem Statement auf Geheimdienstkenntnisse und die Aussagen zweier am 23. Oktober verhafteter MQM-Aktivistinnen. Einer der beiden Zeugen war nur wenige Stunden nach seiner Verhaftung unter rätselhaften Umständen in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen.

Kenner der Situation in Karachi erwarten jetzt eine weitere Eskalation der Gewalt. Schon in den letzten Wochen



Das offene Pakistan wird auch durch seine modernen Moscheen gekennzeichnet. Im Gegensatz dazu versucht sich die Sharif-Regierung mit alt-tradierten islamischen Gesetzen durchzusetzen (Photo: Walter Keller)

und Monaten häuften sich auffällig Meldungen über politisch motivierte Morde und Terroranschläge. Betroffen hiervon war unter anderem das Parlamentsgebäude des sindhischen Landtags, vor dem am 27. Oktober eine Bombe explodierte. Nach einer soeben vom Monatsmagazin 'Herald' veröffentlichten Statistik forderte der in der wichtigsten pakistanischen Wirtschaftsmetropole tobende Untergrundkrieg in diesem Jahr bis zum 21. Oktober bereits 629 Menschenleben. Zum Vergleich: 1996 waren es 166 und 1997 396.

USA wollen Sanktionen teilweise aufheben

Nach dem Willen von Präsident Bill Clinton sollen einige der Sanktionen, die die USA im Mai dieses Jahres nach den indischen und pakistanischen Atombombentests gegen die beiden südasiatischen Länder verhängt hatten, wieder aufgehoben werden. Dies gab am 6. November ein Sprecher des US-Präsidenten in Washington vor der Presse bekannt. Möglich sei dies aufgrund inzwischen eingeleiteter konkreter Schritte von Seiten Islamabad und Delhi, die den amerikanischen Bemühungen um Eindämmung der Weiterverbreitung nuklearer Waffen entgegenkämen. Die überraschende Ankündigung einer teilweisen Aufhebung der Sanktionen

durch die USA ist offenbar das Ergebnis einer unmittelbar vorausgegangenen Verhandlungsrunde zwischen dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Shamshad Ahmad, und dem amerikanischen Vizeaußenminister Strobe Talbott. Spekulationen richten sich nun darauf, daß Premierminister Nawaz Sharif während seiner auf den 2. Dezember angesetzten USA-Visite einen Beitritt Pakistans zum 'Comprehensive Test Ban Treaty' (CTBT; siehe auch den Indien-Teil dieser Ausgabe) ankündigen könnte. Die Vereinigten Staaten hatten diesen Schritt stets als notwendige Voraussetzung für eine mögliche Aufhebung der Sanktionen und die Gewährung neuer internationaler Finanzhilfen genannt. Erst kürzlich hatte der 'Internationale Währungsfond' (IMF) eine geplante Verhandlungsrunde um einen 1,56-Milliarden-Dollar-Kredit abgesagt. Seitdem steht Pakistan am Rande des Staatsbankrotts.

Das möglicherweise in Sachen Teststopp bevorstehende Einlenken Pakistans findet auch in der pakistanischen Presse ein überwiegend positives Echo. Selbst die Verantwortlichen des pakistanischen Atomwaffenprogramms äußerten in Interviews keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Unterzeichnung des CTBT-Vertrages. Seitdem Mitte Oktober unter durchaus positiven Vorzeichen die direkten Verhandlungen

mit Delhi wieder aufgenommen wurden, keimt in Pakistan neue Hoffnung auf ein baldiges Ende des internationalen Boykotts, der für weite Teile der Bevölkerung über Steuererhöhungen und galoppierende Inflation allzu schmerzliche Einkommensverluste mit sich bringt.

Deutschland kürzt 'Finanzielle Zusammenarbeit'

Die deutsche Regierung hat die Mittelzusagen im Rahmen der bilateralen 'Finanziellen Zusammenarbeit' mit Pakistan binnen eines Jahres beinahe halbiert. Das Volumen der Finanzspritze sank von zuletzt 82,5 Millionen Mark auf aktuell 45 Millionen Mark. Dies geht aus einem im Bonner Bundesgesetzblatt veröffentlichten Regierungsabkommen beider Länder hervor. Die Gelder verteilen sich demnach auf insgesamt vier Projekte: An das Wärmekraftwerk von Kot Addu geht ein Darlehen in Höhe von 32 Millionen Mark, drei Millionen fließen in den Aufbau eines Kinderkrankenhauses in Quetta und Investitionen in die Trinkwasserversorgung der 'Northern Areas' sowie des Distriktes Chitral werden mit sieben Millionen Mark gefördert. Die restlichen fünf Millionen Mark kommen dem sogenannten 'Studien- und Fachkräftefonds VI' zu gute.

"Blasphemy - Gotteslästerung" Das neue Buch von Tehmina Durrani

Tehmina Durrani, die Verfasserin von "Mein Herr und Gebieter", hat ein neues Buch geschrieben. Ihr 1991 erschienener Erstling (1), in dem sie die haarsträubende Leidensgeschichte ihrer dreizehnjährigen Ehe mit einem der bekanntesten pakistanischen Politiker der Bhutto- und Zia-Zeit erzählte, stieß daheim vor allem auf Ablehnung und wurde international zum Bestseller. Danach schien es still geworden zu sein um die ebenso mutige wie attraktive Begum aus Lahore, die gewagt hatte, öffentlich zu sagen, was zahllose Frauen in Pakistan sonst stumm erdulden.

Zwar hatte Tehmina Durrani seitdem ein weiteres Buch veröffentlicht (2), doch war dessen Stoff wohl kaum geeignet, an den Sensations- und Skandalerfolg des "Feudal Lord" anzuknüpfen. Es war die in autobiografischer Form erzählte Geschichte eines in ganz Pakistan bekannten barmherzigen Samariters, Abdusattar Edhi, der aus kleinsten Anfängen in den Elendsvierteln Karachis ein landesweites Netz für Krankentransporte und zur Notversorgung von Unfall- und Katastrophenopfern schuf. Tehmina begleitete ihn wochenlang bei der Bergung Schwerverletzter und der Bestattung unbekannter Toter. Das dabei entstandene

Manuskript mußte dem verehrten Maulana, der nicht schreiben und lesen kann und auch kein Englisch versteht, Wort für Wort vorgelesen und übersetzt werden, bevor er den Druck genehmigte.

Und nun also "Blasphemy - Gotteslästerung", von der Autorin ausdrücklich als Roman bezeichnet. (3) Allerdings hat das Buch nichts mit jenem berühmten Blasphemie-Paragrafen des pakistanischen Strafgesetzbuchs zu tun, der für die Beleidigung des Propheten durch Wort, Tat, Geste oder Andeutung die Todesstrafe vorschreibt. Opfer dieser Vorschrift, deren weitgefaßter Tatbestand zu mißbräuchlichen Anzeigen geradezu einlädt, wurden bisher vor allem Christen; mittelbar kostete sie einen Richter aus Lahore das Leben, der ermordet wurde, weil er einen zur Tatzeit elfjährigen jungen Christen vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen hatte.

Nein, für Tehmina Durrani, eine gläubige wenn auch überhaupt nicht bigotte Muslimin, hat Blasphemie eine ganz andere Dimension. Um diese infame und zerstörerische Dimension der Gotteslästerung, verursacht durch eine besondere Ausprägung islamischen Lebens in Indien und Pakistan, geht es in dem neuen Buch.